



**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpresse@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpresse@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)  
[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

13.08.2017

Pressemitteilung Nr. 17/1051

**Tonne: CDU-Spitzenkandidat offenbart erschütterndes  
Rechtsverständnis und macht VW zum Spielball der Politik**

In einem Interview mit der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 31. Juli 2017 beklagt CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann die Informationspolitik des SPD-Ministerpräsidenten Stephan Weil in Bezug auf die Volkswagen AG und Dieselgate. Er lässt sich dort mit der Aussage zitieren, er würde sich „Im Zweifel [...] auch verklagen lassen, um die offensichtlichen Missstände beseitigen zu können.“

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag gibt diese Aussage Anlass für eine genaue Prüfung: „Herr Althusmann kündigt damit an, im Falle eines CDU-Wahlsieges bewusst das Aktienrecht brechen zu wollen, ohne über die Konsequenzen dieses Handelns nachzudenken – das ist schon ein mehr als bemerkenswerter Vorgang.“

Durch die Einbringung einer kleinen Anfrage an die Landesregierung will die SPD-Fraktion nun herausfinden, welche rechtlichen und finanziellen Konsequenzen das angekündigte Verhalten des CDU-Spitzenkandidaten für das Land Niedersachsen und den Ministerpräsidenten nach sich ziehen würde.

„Wenn Herr Althusmann wirklich an das glaubt, was er in der Presse von sich gibt, dann demonstriert er an dieser Stelle ein erschütterndes Rechtsverständnis: Hier gibt ein Politiker der Christdemokraten unumwunden zu, dass er sich im Falle eines Wahlsieges nur an solche Gesetze halten will, die ihm politisch in den Kram passen. Mit einem solchen Verhalten gibt sich der CDU-Spitzenkandidat als wirtschaftspolitischer Geisterfahrer zu erkennen, der sich nicht scheut, für eine Schlageile zehntausende Jobs bei Volkswagen zu gefährden“, so Grant Hendrik Tonne.

Der SPD-Politiker appelliert: „Was der Volkswagen-Konzern und die vielen zehntausend Beschäftigten in Niedersachsen jetzt brauchen, ist eine ruhige und konsequente Führung, um die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wer den Konzern und seine Beschäftigten mit populistischen Äußerungen zum Spielball der politischen Auseinandersetzung macht, gefährdet den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und damit letztlich den Wohlstand in unserem Bundesland.“